

Der Fall Salzburg weckt das Euthanasiegespenst: was lernen wir daraus?

Susanne KUMMER

Prinzipiell ist man gegen Euthanasie. In Österreich haben sich alle politischen Parteien dagegen ausgesprochen. Und auch die Menschen in diesem Lande lehnen ein Töten auf Verlangen ab. Aber wenn es um ganz konkrete Fälle geht, sieht es mitunter anders aus.

Vor wenigen Monaten wurde im Land Salzburg eine depressive, lebensmüde Patientin auf ihr ausdrückliches Verlangen hin von ihrem Arzt mit einer Überdosis Morphinum getötet. Er gibt an, er habe aus Überzeugung gehandelt und stehe zu der von ihm geleisteten aktiven Sterbehilfe.

Nach Bekanntwerden dieses Ereignisses gab eine Salzburger Regionalzeitung im September 2006 eine repräsentative Umfrage in Stadt und Land Salzburg unter 400 Personen in Auftrag. Das Resultat: 63 Prozent der Befragten stimmten folgender Suggestiv-Frage zu: „Wenn jemand, der aussichtslos im Endstadium an einer unheilbaren Krankheit leidet, eindringlich darum bittet, sterben zu dürfen: Soll ihm das gewährt werden und ärztlich überwachte Sterbehilfe erlaubt sein?“ Nur 22% sagten nein zur „Sterbehilfe/Euthanasie“, in welcher Form auch immer, 16% zeigten sich unentschieden (vgl. Salzburger Fenster 30/06). Angemerkt werden muss, dass nicht klar ist, was sich jeder unter „Endstadium“ vorstellt und dieser Punkt genauer analysiert gehörte.

Dennoch gibt das Ergebnis zu denken. Der Befragung war eine Periode der intensiven Berichterstattung in diversen audiovisuellen Medien vorausgegangen, wobei der Standpunkt des Arztes wiederholt zitiert wurde, wenngleich verbunden mit der Frage, ob und weswegen wohl Anklage gegen den Arzt erhoben werden würde: War es Tötung auf Verlangen? Oder Mord? Im Lichte der geltenden Rechtsprechung in unserem Land ist dieser hohe Anteil der Zustimmung zu einer

wie immer gearteten Sterbehilfe alarmierend. Viele Menschen registrieren – ob bewusst oder am Rande –, was sich in anderen Ländern (Holland, Belgien) hinsichtlich Straffreiheit bei aktiver Sterbehilfe geändert hat bzw. ändern könnte, ermessen aber nicht die Strittigkeit der ethischen Argumentation, die an plausiblen anthropologischen Gegebenheiten vorbeigeht und – trotz aller Beteuerungen – einen großen Spielraum für die Willkür einräumt. Die Verantwortung der Medien, die um eine differenzierte Berichterstattung bemüht sein muss, ist dabei nicht hoch genug einzuschätzen.

Euthanasie ist auch in den anderen europäischen Länder, in denen sie nicht erlaubt ist, ein in der Öffentlichkeit oft wiederkehrendes Thema: in den letzten Monaten in Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien usw. Warum? Weil es in Europa ein ganz konkretes soziales Problem gibt, das mit der Überalterung der europäischen Bevölkerung, deren Spitze noch nicht erreicht ist, zusammenhängt. Dazu kommen die rasche Zunahme der Pflegefälle und die erhöhte Lebenserwartung. Das alles wäre noch kein großes soziales Problem, wenn der Zusammenhalt der Generationen so stark wäre, dass niemand befürchten müsste, allein gelassen seinen Lebensabend verbringen zu müssen – bis zum bitteren Ende. Wer will schon einsam sterben? In diesen Punkten lauert der soziale Druck in Richtung Euthanasie, wie der Salzburger Fall und die Befragung deutlich zeigen. Als der schwedische Autor Carl-Henning WILKMARK 1978 sein Büchlein *Der moderne Tod. Vom Ende der Humanität* (Gemini-Verlag, 2005) publizierte, nahm er prophetisch vorweg, was heute Realität scheint. Euthanasie ist zwar die falsche, aber einfachste Lösung des Problems der Überalterung. In der literarischen Versuchsanordnung WILKMARKS diskutieren schwedische Experten in

einem behaglichen schwedischen Seminarhotel, wie das ökonomische Problem der Überalterung auf möglichst „humane Weise“ zu lösen sei. Messerscharf durchdringt WIJCKMARK dabei die Logik des Geldes: „Die Experten sind sich darüber einig, dass man die Bevölkerung vor allem davon überzeugen muss, wie schädlich sich das egoistische Festhalten am eigenen Leben auswirkt, und wie sehr es die ökonomische Zukunft des Landes gefährdet“, resümiert Hans Magnus ENZENSBERGER das Büchlein aus den Siebzigerjahren und fährt fort: „Der Mord an den Alten erscheint in dieser Perspektive als eine Form der Betreuung durch die Sozialbürokratie und als humanitäres Projekt (...).“ Inzwischen sind derlei Überlegungen Praxis, allen voran in den Niederlanden, wo sich ältere Menschen schon in Pflegeheime nach Deutschland bringen lassen aus Angst vor unerwünschtem Tod. Aus dem Recht aufs Sterben wurde eine Pflicht zum Tod.

Allerdings kann man das Phänomen der Überalterung der Gesellschaft und die zunehmende Isolation der älteren Generationen nicht naiv verdrängen. Was ist schief

gelaufen in den letzten Jahrzehnten, was wir den kommenden Generationen erleichtern müssen, damit sie nicht die gleichen Fehler begehen? Frank Schirrmacher, Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hat in seinem Buch „Minimum“ (vgl. Rezension im *IMAGO HOMINIS* 2/2006) einen wichtigen Hinweis dazu gegeben. Schirrmacher zeigt auf, dass in allen Zeiten jene Menschen Katastrophen signifikant überlebten, die in einen Familienverband eingebunden waren. Das größere Risiko trugen die Alleinstehenden. Daraus lässt sich folgern, was beinahe wie eine Plattitüde anmutet, und doch keine ist: Wo jemand in eine Familie eingebunden ist, gibt es signifikant weniger Wunsch, umgebracht zu werden. Die Familie schafft wie keine andere Institution einen Zusammenhalt zwischen den Generationen. Wer also Familie stärkt, wendet auch den Druck auf eine drohende Euthanasie-Gesellschaft ab.

Mag. Susanne KUMMER, IMABE-Institut
Landstraßer Hauptstraße 4/13, A-1030 Wien
skummer@imabe.org